

Donnerstag, 19. September 2019

Ruf nach neuen Absenzenregeln an Mittelschulen

Kantonsrat Die weltweite Klimastreik-Bewegung könnte sich auf das St. Galler Mittelschulgesetz auswirken. Das Kantonsparlament hat gestern eine Motion der SVP angenommen, die eine genaue Liste der bewilligungspflichtigen Absenzen fordert. Die SVP wollte sogar noch weiter gehen und die Teilnahme an Streiks und Demonstrationen während des Unterrichts ganz verbieten. Politisches Engagement sei zwar zu begrüssen, solle aber in der Freizeit ausgeübt werden, begründete die Fraktion. Die Regierung schlug dem Parlament vor, die Motion anzunehmen, allerdings ohne das Streik- und Demonstrationsverbot. Die heutige Regelung im Mittelschulgesetz bilde «eine sehr offene Grundlage, die den Schulen ein weites Ermessen überlässt», argumentierte sie.

Durch Streiks auf Lücken aufmerksam geworden

Auf linker und freisinniger Seite stiess der Vorstoss auf wenig Gegenliebe. Die Schulleitungen bräuchten genügend Spielraum, um Absenzenregeln selber auszuhandeln, sagte der ehemalige Kantonschullektor Arno Noger (FDP). Ähnlich argumentierte Max Lemmenmeier (SP): Die Mittelschulen würden die Absenzenregeln schon heute verantwortungsvoll anwenden, eine Gesetzesänderung sei unnötig. Guido Wick (Grüne) wurde gar kategorisch: Der Einsatz für das Klima sei ein Streikgrund. Wenn man das nicht akzeptiere, könne man das Streikrecht abschaffen.

«Das Ganze hat mit der Klimadebatte nicht direkt etwas zu tun», entgegnete Bildungschef Stefan Kölliker (SVP). Vielmehr sei man auf Lücken aufmerksam geworden. «Es braucht eine einfache Klärung. Wie häufig darf man streiken? Aus welchen Gründen?» Der Rat hiess die abgeschwächte Motion mit 70 zu 45 Stimmen gut. Die Regierung soll nun einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten. (ar)

Debatte über Rolle des Staatssekretärs

Gewaltenteilung Der St. Galler Kantonsrat hat gestern über die künftige Rolle des Staatssekretärs diskutiert. Die SVP-Fraktion verlangte eine Entflechtung: Die Nachfolgerin oder der Nachfolger von Canisius Braun soll unter anderem nicht mehr den Kantonsratspräsidenten beraten. Braun tritt im Frühjahr 2020 nicht mehr an. Das Amt solle von den Vorrechten gegenüber dem Kantonsrat «befreit» werden, sagte der Sprecher der SVP-Fraktion. Die Vertreter der Fraktionen von FDP, CVP-GLP und SP-Grünen unterstützten eine grundsätzliche Überprüfung der Rolle des Staatssekretärs – aber nicht so wie im Antrag. Im Rat wurde danach eine überparteiliche Motion zur Rolle des Staatssekretärs angekündigt. Als Konsequenz daraus zog die SVP-Fraktion ihren Antrag zurück. (sda)

Kölliker verteidigt sich

Der Bericht zum Krisenmanagement der Uni St. Gallen führt zu einer emotionalen Debatte im Rat.

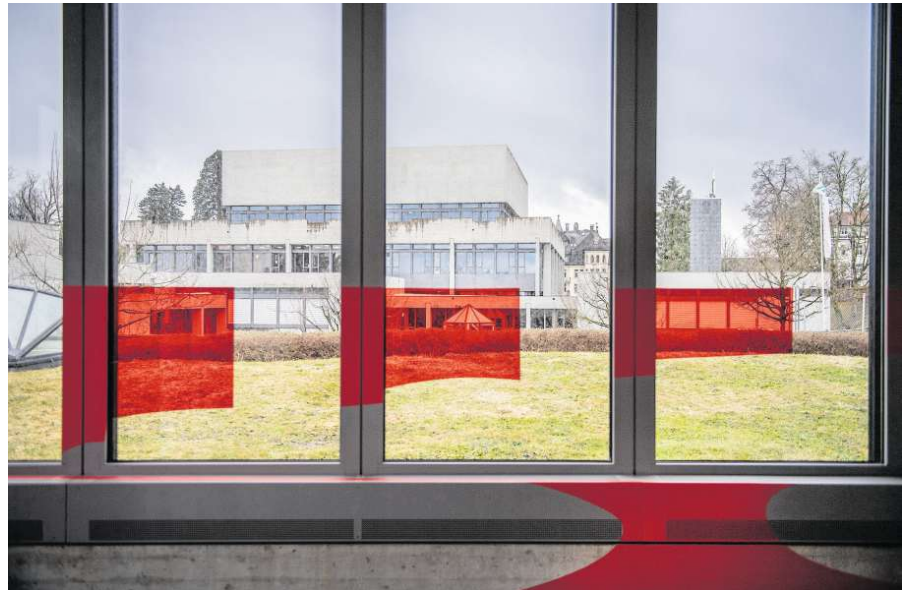
Katharina Brenner

Felix Bischofberger beginnt mit Lob: «Die Universität St. Gallen ist eine erfolgreiche und gut geführte Institution», sagt der Präsident der Staatswirtschaftlichen Kommission. Die Kommission lege grossen Wert darauf, keine pauschalisierten Aussagen zu treffen. Dann folgt Tadel. Die Kommission kommt in ihrem Prüfungsbericht zur HSG zum Schluss, dass das Krisenmanagement von Unirat und Unileitung problematisch gewesen sei. Nach der Spesenaffäre und weiteren publik gewordenen Verfehlungen von Professoren der HSG hatte die Kommission Vorgehen und Verhalten der Verantwortlichen untersucht (Ausgabe vom 5. September). Gestern war der Rat an der Reihe.

Es habe fragwürdige Präsidialverfügungen durch Bildungschef Stefan Kölliker (SVP) gegeben, sagte Bischofberger. Als grundsätzliches Problem an der HSG ortet die Kommission das Fehlen eines Internen Kontrollsystems (IKS). Darauf habe schon die Finanzkontrolle mehrfach hingewiesen. Die Kommission empfiehlt der HSG, rasch ein umfassendes IKS für alle Gremien und Organisationseinheiten aufzubauen.

Lob für den Bericht von Walter Locher

Den Ton für die anschliessende Debatte setzte SP-Kantonsrat Etrit Hasler. Er sei wie die meisten Mitglieder des Rats empört über die Vorgänge am Institut für Finanzwirtschaft und Finanzrecht im Speziellen und der HSG im Allgemeinen. Die HSG spreche derzeit gerne von Kulturwandel, betone aber gleichzeitig, es handle sich um einen Einzelfall. Es sollte zu denken geben, so Hasler, dass das Aufsichtsgremium, der Unirat, wie ein aufgeschreckter Hühnerstall reagiert habe. Kontrollmechanismen müssten etabliert wer-



Das Krisenmanagement von HSG und Unirat nennt die Staatswirtschaftliche Kommission «problematisch».

Bild: Urs Bucher (1. März 2019)

«Ich habe Verantwortung übernommen und würde es wieder so machen.»



Stefan Kölliker
St. Galler Bildungsdirektor

«Der Unirat hat wie ein aufgeschreckter Hühnerstall reagiert.»



Etrit Hasler
SP-Kantonsrat

den, und der Unirat solle endlich den Administrationsbericht veröffentlichen. Diesen hatte Kölliker veranlasst und den Anwalt und FDP-Kantonsrat Walter Locher damit beauftragt.

Hasler lobte den «sehr guten Bericht», um sogleich Lochers Rolle als Teil des demokratischen Aufsichtsgremiums im Kantonsrat zu kritisieren. «Man schlägt den Sack und meint den Esel», entgegnete Lochers Parteikollege Beat Tinner. Dieser habe die Standsregeln eingehalten. Locher selbst war für die Diskussion in den Ausstund getreten, ebenso Karl Güntzel (SVP), Yvonne Suter (CVP) und Thomas Scheitlin (FDP) – alles Mitglieder des Universitätsrats.

Kölliker sagte, die meisten Empfehlungen der Kommission

seien an der HSG in Vorbereitung oder bereits in Kraft gesetzt worden. Der Unirat habe bereits 2016 erste Massnahmen eingeleitet. Den Administrationsbericht könne er nicht freigeben, da die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft noch liefen. Und mit seinen Präsidialverfügungen habe er in einer dringlichen Situation Verantwortung übernommen. «Ich würde das wieder so machen.» Kölliker verteidigte auch Locher: Er habe hervorragende Arbeit abgeliefert, obwohl er «zwei Hüte» getragen habe.

Zum Schluss sagte Kölliker: «Unis sind auf Krisen nicht vorbereitet.» Um das zu ändern, mache das Rektorat, das nächstes Jahr in neuer Zusammensetzung beginnt, gerade Schulungen in Krisenmanagement.

«Geheimes» Spitalpapier spaltet Parlament

Die St. Galler Regierung wehrt sich gegen die Kritik von FDP und SVP und den Vorwurf der Geheimniskrämerei.

Drei Tage hat das St. Galler Kantonsparlament sich selber Disziplin verordnet. Die da lautete: Es wird in dieser Session keine vorgezogene Spitaldebatte geführt. An allen drei Tagen ist es damit gescheitert. So auch gestern. Dies, nachdem die CVP die Diskussion gewünscht hatte – zu einem angeblich brisanten Spitalgutachten, von dem kein Parlamentsmitglied weiss, was darin steht. Jedenfalls gaben alle Rednerinnen und Redner von rechts bis links zu verstehen, ihnen läge es nicht vor.

Worum geht es beim ominösen Gutachten? Auf's Tapet gebracht hatten es FDP und SVP. Anfang Woche hatten sie der Regierung vorgeworfen, wichtige Spitalinformationen unter Verschluss zu halten. Anders als diverse Zwischenberichte und

Rechtsgutachten, welche publik gemacht wurden, halte sie das Gutachten des Beratungsunternehmens KPMG zurück. Die beiden Fraktionen glauben auch zu wissen weshalb: Die Ergebnisse liefen «der Positionierung des Gesundheitsdepartements diametral entgegen» (Ausgabe vom Dienstag).

Wurde einzelnen Interpellanten das Dokument doch zugespielt? Oder erhielten sie anonym Angaben zu dessen Inhalt? Die offene Frage nach dem Leck öffnete denn auch Tür und Tor für Mutmassungen. So soll das Gutachten der KPMG das Grobkonzept des Verwaltungsrats der St. Galler Spitalverbunde stützen, wonach es künftig nur noch vier Spitäler mit einem stationären Angebot im Kanton geben soll. Nur deshalb, so SP

und CVP, hätten FDP und SVP ein derartiges Interesse an ihm. Die Freisinnigen versuchten die Erarbeitung der künftigen Spitalstrategie immer wieder zu «torpedieren». Es ging ihnen einzig und allein darum, das Grobkonzept des Verwaltungsrats durchzuboxen, warf ihnen etwa Mathias Müller (CVP) vor. FDP und SVP betrieben «politischen Opportunismus in Rei-



Heidi Hanselmann, St. Galler Gesundheitschefin. Bild: Urs Bucher

kultur», kritisierte Peter Hartmann (SP) und verurteilte deren «übergriffige Tonalität gegenüber einzelnen Regierungsmitgliedern». Unausgesprochen war klar, dass er damit Gesundheitschefin Heidi Hanselmann (SP) meinte.

«Wir fordern einen Umbau des Spitalwesens»

Die Regierung wehrte sich in ihrer Antwort auf den Vorstoss gegen den Vorwurf, sie halte Informationen aus politischen Gründen zurück. Dies entbehere jeglicher Grundlage. Sie werde die künftige Spitalstrategie nach Abschluss der laufenden Prozesse als Ganzes präsentieren – so wie es bei jedem anderen Geschäft auch üblich sei. Ende Oktober werde sie so weit sein. Der Vorlage werde dann auch der

Bericht der KPMG beigelegt. Die Beratungsfirma ist laut Regierung mit der Erarbeitung alternativer Leistungsangebote für die fünf Standorte Altstätten, Flawil, Rorschach, Walenstadt, Wattwil beauftragt gewesen.

«Einmal mehr verpasst es die Regierung, proaktiv Vertrauen zu schaffen», hielt FDP-Fraktionspräsident Beat Tinner fest. Der Fahrplan für die Veröffentlichung des Berichts hätte längst bekannt gegeben werden können – und nicht erst nachdem dieser «anonym Dritten zugestellt wurde». Den Vorwurf von SP und CVP, die FDP übe permanent Druck aus, konterte Tinner mit: «Daran ist nichts falsch. Wir fordern einen Umbau des Spitalwesens.»

Regula Weik